

1 **Genug verwaltet – Zeit zu gestalten!**  
2 **Sachsen-Anhalt braucht Mut, nicht nur Mehrheiten.**

3 **Präambel**

---

4 Sachsen-Anhalt steht an einem Wendepunkt. Die kommenden Monate und die bevor-  
5 stehende Landtagswahl werden für die CDU entscheidend sein – und die Herausforde-  
6 rungen sind größer denn je. Aus diesem Grunde müssen wir engagiert und beherzt die  
7 Herausforderungen und Sorgen der Bevölkerung anpacken und auch verrostete Struk-  
8 turen aufbrechen. Die Menschen in diesem Land erwarten Veränderung, nicht bloße Ver-  
9 waltung.

10 Dieser Leitantrag ist kein Appell für Kompromisse, sondern ein Aufruf zum Handeln. Bis  
11 zur Wahl im kommenden Jahr müssen wir zeigen, dass wir nicht nur versprechen, son-  
12 dern handeln, um diese Botschaft auch im Wahlkampf glaubwürdig zu vermitteln.  
13 Wir können nicht länger warten, wir können nicht länger zögern. Wir müssen jetzt den  
14 Mut haben, neue Wege zu gehen und echte Lösungen zu bieten.  
15 Leere Versprechungen sind nicht hinnehmbar, die Menschen erwarten Perspektiven,  
16 Lösungen und ehrliche Antworten. Wir müssen zeigen, dass wir bereit sind, weiterhin  
17 Verantwortung zu übernehmen und konkrete Veränderung zu liefern.

18 Dieser Leitantrag ist die Grundlage für ein Sachsen-Anhalt, das nicht nur verwaltet, son-  
19 dern gestaltet wird – ein Sachsen-Anhalt, das bereit ist, sich der Zukunft zu stellen, mu-  
20 tig, dynamisch und entschlossen. In der bevorstehenden Wahl müssen wir mehr bieten  
21 als bisher. Wir müssen den Willen zur Veränderung zeigen, den die Bürger verlangen.  
22 Wer die Zukunft gestalten will, muss heute handeln. Es ist Zeit, die Führung zu behaup-  
23 ten – und zu beweisen, dass wir mehr können, als uns die politische Realität der letzten  
24 Jahre glauben lässt. Sachsen-Anhalt braucht Mut, nicht nur Mehrheiten.

25 **Bildungs- und Hochschulpolitik**

---

26 Sachsen-Anhalt muss effizienter und digitaler werden, und das gilt selbstverständlich  
27 auch für die Schulen in unserem Land, genauso wie für deren Verwaltung. Deshalb for-  
28 dern wir eine **konsequente Digitalisierungsoffensive**, die den Schülern digitales Lernen  
29 ermöglicht, ohne das klassische Schulbuch aus dem Unterricht zu verbannen, und die  
30 technische Innovationen, insbesondere im Bereich der KI, nicht verschläft, sondern pro-  
31 duktiv für den Lernerfolg nutzbar macht. Insofern müssen die Lehrer des Landes we-  
32 sentlich besser im digitalen Arbeiten aus- und weitergebildet werden. Hierzu müssen  
33 beispielsweise für alle Lehrkräfte des Landes **verpflichtende Fortbildungen** im digitalen  
34 Lehren und Arbeiten implementiert werden. Außerdem soll den Schülern des Landes der  
35 Zugang zu einer eigenen, datenschutzrechtlich geprüften und altersadäquaten **KI-Platt-**  
36 **form** eröffnet werden.

37 Ohne ausreichendes und fundiert ausgebildetes Lehrpersonal nützt jedoch die beste  
38 digitale Bildung nichts. Um die Personalstruktur an den Schulen zu verbessern und die  
39 grundständige Lehramtsausbildung attraktiver zu gestalten, muss eine **Reform des**

40 **Lehramtsstudiums sowie des Vorbereitungsdienstes** hin zu mehr Schulpraxis und Ei-  
41 genverantwortung begonnen werden, sodass wesentlich weniger angehende Lehrkräfte  
42 das Studium respektive den Vorbereitungsdienst abbrechen, als es bisher der Fall ist.

43 Die angesprochene Notwendigkeit zu mehr Effizienz in der Verwaltung unseres Bil-  
44 dungswesens erfordert eine Neuausrichtung bestehender Strukturen. Zugleich müssen  
45 Schul- und Hochschulbildung besser miteinander verzahnt werden, beispielsweise —  
46 aber nicht nur — im Bereich der Lehramtsausbildung. Wir setzen uns deshalb dafür ein,  
47 dass in der nächsten Legislaturperiode ein **Ministerium für Bildung und Forschung** ge-  
48 schaffen wird, das die Ressorts der Schul-, Hochschul-, Wissenschafts- und For-  
49 schungspolitik in sich vereint. Auch im Sinne der Anwerbung neuer Firmen für den  
50 Standort Sachsen-Anhalt ist eine solche institutionalisierte Verknüpfung sinnvoll, um  
51 Konzepte für eine ganzheitliche Generierung von Fachkräfte-Nachwuchs zu implemen-  
52 tieren.

53 Zur Ausbildung von neuen Fachkräften gehört auch eine Steigerung der Attraktivität der  
54 dualen Berufsausbildung, gerade im Handwerksbereich, und damit auch der Sekundar-  
55 schulen und des Realschulabschlusses. Hierzu sollte das Land ein **reformiertes Prakti-**  
56 **kumsprogramm** einführen, das für alle Schüler der Sekundar- und Gemeinschaftsschu-  
57 len sowie der Gymnasien verpflichtend ist, und bei dem mindestens ein Teil des Zeit-  
58 kontingents in dezidierten Ausbildungs- bzw. Handwerksberufen absolviert werden  
59 muss. Diese Umstrukturierung stärkt die häufig von Eltern und anderen Akteuren gefor-  
60 derte berufspraktische Orientierung der Schulen und fördert zugleich die Sichtbarkeit  
61 und Anerkennung von Ausbildungsberufen, auch und gerade an den Gymnasien.

62 Außerdem muss zur Stärkung der Sekundarschulen und im Sinne einer Rückkehr zu  
63 mehr Leistungsorientierung eine **Verschärfung der Versetzungsgrenzen** zwischen den  
64 Schuljahrgängen am Gymnasium vorgenommen werden, und zwar auf eine Weise, mit  
65 der zugleich der Wechsel zur Sekundarschule an Attraktivität gewinnt. Eine solche Stär-  
66 kung der Sekundarschulen schafft mittelfristig die Voraussetzungen dafür, zu einer für  
67 die Eltern **verpflichtenden Schullaufbahneempfehlung** für den Übergang an die weiter-  
68 führende Schule zurückzukehren.

69 Um Schüler lebenspraktischer auszubilden und auf ihre Zukunft vorzubereiten, ist ein  
70 größerer Anteil wirtschaftlicher Bildung gegenwärtig gebotener denn je. Wir begrüßen  
71 daher die Aufmerksamkeit, die die Landesregierung diesem Thema bereits gewidmet  
72 hat, sind jedoch der Meinung, dass ein neues gymnasiales Pflichtfach "Wirtschaft" zu  
73 kurz greift. Stattdessen muss die bisherige Fächerstruktur, die bereits zwei bestehen-  
74 den Fächern die Aufgabe ökonomischer Bildung explizit zuschreibt, weiterentwickelt  
75 werden: So sollte das **Fach Sozialkunde** sowohl an Gymnasien als auch an Sekundar-  
76 schulen stärker als bisher die wirtschaftliche Bildung der Schüler in den Blick nehmen,  
77 indem die Pflichtstundenzahl erweitert und der Fachlehrplan neu strukturiert wird. Per-  
78 spektivisch soll so ein **Fach "Politik und Wirtschaft"** ("PW") entstehen, das wirtschaftli-  
79 che und politische Bildung in sich vereint und dabei bestehende Unterrichtsstrukturen  
80 aufgreifen kann. Dieses bereits im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung an-

81 gedachte Vorhaben würde folglich im Sinne der Demokratiestärkung auch eine Steige-  
82 rung des Anteils der politischen Bildung in den Schulen bedeuten, die uns in Zeiten  
83 wachsender Desinformation und Politikverdrossenheit höchst geboten erscheint.

## 84 **Sicherheit**

---

85 Die Junge Union Sachsen-Anhalt setzt sich für eine entschlossene und moderne Sicher-  
86 heitspolitik im Land ein.

87 Die **Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer** muss konsequent und zielgerichtet  
88 vorangetrieben werden. Recht und Gesetz müssen verbindlich durchgesetzt werden,  
89 um das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten. Eine intensi-  
90 vere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden sowie effizientere Verwaltungspro-  
91 zesse sind dabei ebenso notwendig wie eine verstärkte Nutzung der **Abschiebehafte**,  
92 sofern dies rechtlich zulässig ist. Zugleich ist zu prüfen, ob die vorhandenen personellen  
93 Ressourcen der Landesbediensteten den gestiegenen Anforderungen noch genügen.  
94 Sollte sich ein Defizit zeigen, ist eine sofortige Aussetzung des bis einschließlich 2026  
95 geltenden Einstellungsstopps in den betroffenen Bereichen zwingend erforderlich. Nur  
96 mit ausreichend Personal können Abschiebungen rechtssicher und konsequent durch-  
97 geführt werden.

98 Auch der **Austausch sicherheitsrelevanter Informationen** zwischen den Sicherheits-  
99 behörden des Landes und der Kommunen muss verbessert werden. Erkenntnisse über  
100 Gefährder dürfen nicht an Verwaltungsgrenzen scheitern oder durch fehlende Abfragen  
101 verloren gehen. Deshalb sind rechtliche und technische Voraussetzungen zu schaffen,  
102 die einen unkomplizierten, schnellen und datenschutzkonformen Informationsfluss er-  
103 möglichen. Dazu gehört insbesondere die Entwicklung moderner Informations- und Te-  
104 lekommunikationssysteme, die über geeignete Schnittstellen eine zentrale Datenbank  
105 bedienen. So kann gewährleistet werden, dass sicherheitsrelevante Informationen je-  
106 derzeit für alle zuständigen Behörden verfügbar sind, ohne dass eine gezielte Einzelan-  
107 frage notwendig ist.

108 Darüber hinaus fordert die Junge Union die flächendeckende **Einführung von Distanz-**  
109 **Elektroimpulsgeräten** – gemeinhin als „Taser“ bezeichnet – für die Bediensteten der  
110 Polizei und des Justizvollzugs in Sachsen-Anhalt. Die zunehmende Gewaltbereitschaft  
111 gegenüber Einsatzkräften sowie das steigende Risiko unübersichtlicher und gefährlicher  
112 Lagen machen es notwendig, den Vollzugsdiensten ein wirkungsvolles, zugleich verhält-  
113 nismäßiges Einsatzmittel zur Verfügung zu stellen. Distanz-Elektroimpulsgeräte ermög-  
114 lichen es, gewaltbereite Personen aus sicherer Entfernung außer Gefecht zu setzen,  
115 ohne auf Schusswaffen zurückgreifen zu müssen. Sie tragen damit nicht nur zur Dees-  
116 kalation bei, sondern auch zum Schutz aller Beteiligten – sowohl der Einsatzkräfte als  
117 auch der betroffenen Personen. Voraussetzung für den Einsatz dieser Geräte ist eine  
118 umfassende Schulung, die sowohl rechtliche als auch einsatztaktische Grundlagen ver-  
119 mittelt. Die Ausstattung mit Distanz-Elektroimpulsgeräten darf sich nicht auf Pilotpro-  
120 jekte oder einzelne Standorte beschränken, sondern muss konsequent und landesweit

erfolgen. Es sind unverzüglich die notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Polizei und Justizvollzug zeitnah flächendeckend mit dieser Technologie auszustatten.

Ein weiterer Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik ist der Schutz junger Menschen durch gezielte **Vorbereitung auf Krisensituationen im schulischen Alltag**. Neben den etablierten Brandschutzübungen fordert die Junge Union deshalb die Einführung regelmäßiger **Zivilschutzübungen** an Schulen. Angesichts zunehmender Naturkatastrophen, potenzieller Stromausfälle und anderer Gefahrenlagen ist es notwendig, Schüler frühzeitig mit Verhaltensregeln für den Ernstfall vertraut zu machen. Zivilschutzübungen sollen realitätsnah vermitteln, wie in konkreten Krisensituationen zu handeln ist – etwa bei Bombendrohungen, Extremwetterereignissen, länger andauernden Stromausfällen, lebensbedrohlichen Gefahrenlagen im Umfeld der Schule oder bei einem Ausfall der Kommunikationsinfrastruktur. Ergänzend sollen auch grundlegende Erste-Hilfe-Maßnahmen vermittelt werden, um die Handlungsfähigkeit der jungen Generation im Ernstfall zu stärken. Diese Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheitspolitik an Schulen und stärken zugleich das gesellschaftliche Krisenbewusstsein.

Die Berufsinformation der Bundeswehr an Schulen ist ein ebenso unverzichtbarer Bestandteil der sicherheitspolitischen Bildung. Die Junge Union Sachsen-Anhalt bekennt sich daher ausdrücklich zur **Präsenz der Bundeswehr im Rahmen schulischer Berufsorientierung**. Als zentrale Institution der inneren und äußeren Sicherheit bietet die Bundeswehr jungen Menschen vielfältige und verantwortungsvolle Karrierewege – sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Schüler haben ein Anrecht darauf, umfassend und objektiv über ihre beruflichen Perspektiven informiert zu werden. Die Bundeswehr leistet hier einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des sicherheitspolitischen Bewusstseins und zur Förderung einer informierten Berufsentscheidung. Eine ideologisch motivierte Ausgrenzung der Bundeswehr aus dem schulischen Raum lehnt die Junge Union entschieden ab.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist ein zentraler Baustein für eine wehrhafte Demokratie, einen handlungsfähigen Rechtsstaat und ein sicheres Sachsen-Anhalt. Die Junge Union erwartet von der Landesregierung, dass sie diese sicherheitspolitischen Herausforderungen ernst nimmt und entschlossen angeht – zum Schutz der Bevölkerung und derjenigen, die tagtäglich für unsere Freiheit und Ordnung einstehen.

## **Gesundheit, soziale Sicherung und Gesellschaft**

---

Die Bereiche Gesundheit und Soziales werden so lange nicht mit der vollen Aufmerksamkeit berücksichtigt, bis der Zeitpunkt gekommen ist, an dem wir sie am meisten brauchen. Als Junge Union Sachsen-Anhalt wollen wir nicht, dass die Sicherung der Kranken, Pflegebedürftigen und Menschen aus einkommensschwachen Schichten in den Hintergrund gerät. Sachsen-Anhalt benötigt Impulse zur Sicherstellung, dass dies nicht passiert.

160 Seit 2023 liegt das Gutachten zur Krankenhausreform<sup>1</sup> in Sachsen-Anhalt vor und bisher  
161 hat das zuständige Ministerium keine produktiven Ergebnisse hervorgebracht. **Wir sa-**  
162 **gen: Krankenhausreform jetzt und nicht erst zum Wahlkampf!** Bis 2035 werden in  
163 Sachsen-Anhalt bei einer Zielauslastung der Kliniken von 80% 2000 bis 4000 Betten  
164 weniger in den stationären Behandlungen benötigt. Die Aussage des Ministeriums, keine  
165 Standorte zu schließen, ohne die zugrunde liegende Spezialisierung der Kliniken sowie  
166 Reduzierung der allgemein verfügbaren Betten zu prüfen, halten wir nicht für tragbar.

167 Die CDU Sachsen-Anhalt und die Landesregierung müssen unverzüglich eine **Prüfung**  
168 **der vorhandenen Kliniken** nach Standorten und Spezialisierung durchführen. Dabei  
169 muss berücksichtigt werden, ob bei den vorhandenen Standorte noch eine Notwendig-  
170 keit als Allgemeinversorger gegeben ist. Standorte im ländlichen Raum sind dabei ge-  
171 nauer zu betrachten, um die qualitative Versorgung außerhalb der Städte sicherzustel-  
172 len. Dies soll auf Grundlage des bereits bestehenden Gutachtens erfolgen. Auch müssen  
173 mehr **Leistungen in den ambulanten Bereich verlagert werden**, um eine standortnahe  
174 Versorgung zu gewährleisten, ohne Ressourcen in Form von stationären Betten weiter  
175 auszureizen.

176 Die CDU Sachsen-Anhalt und die Landesregierung müssen Rahmenbedingungen für  
177 **schnellere Anerkennungsverfahren bei Pflegekräften und Ärzten** aus dem europäi-  
178 schen Ausland bereitstellen. Diese dauern in der Regel bis zu 4 Monate<sup>2,3</sup> und stellen  
179 damit einen Zeitraum dar, indem die potenzielle Arbeitskraft nicht genutzt werden kann.  
180 Diese Verfahren müssen in Zukunft kostenneutral zur Verfügung gestellt werden.

181 Zudem fordern wir eine **Erhöhung der Landarztquote** bei Medizinstudienplätzen auf  
182 10%<sup>4</sup>, sowie eine **Erhöhung** der verpflichtenden Tätigkeitsdauer im Land Sachsen-Anhalt  
183 auf 12 Jahre<sup>5</sup>.

184 Mit der Einführung des Landesrahmenvertrages zur Eingliederungshilfe im Jahr 2019  
185 setzte Sachsen-Anhalt ein starkes Zeichen für die Umsetzung der UN-Behinderten-  
186 rechtskonvention. Ziel war es, Menschen mit Behinderungen bestmöglich in den ersten  
187 und zweiten Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen so eine aktive Teilhabe am gesell-  
188 schaftlichen Leben zu ermöglichen. Die einseitige Kündigung dieses Vertrages durch  
189 das Land hat jedoch erhebliche Unsicherheiten für die freien Wohlfahrtsverbände zur  
190 Folge. Sie gefährdet nicht nur die langfristige Planung und Finanzierung ihrer Arbeit, son-  
191 dern kann auch dazu führen, dass sich Träger aus ihrem bisherigen Auftrag zurückzie-  
192 hen. Dies wäre ein massiver Rückschritt in der Inklusionspolitik Sachsen-Anhalts. Daher  
193 fordern wir die Landesregierung auf, schnellstmöglich eine **Einigung mit den freien**  
194 **Wohlfahrtsverbänden zu erzielen**, um die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behin-  
195 derungen dauerhaft sicherzustellen. Dabei muss das Land eine **Vorreiterrolle überneh-**  
196 **men**, insbesondere da es selbst Ausgleichszahlungen für das Nichterreichen der Be-  
197 schäftigungsquote leistet<sup>6</sup>.

198 Neben der vertraglichen Absicherung der Eingliederungshilfe setzen wir uns für weitere  
199 Maßnahmen ein, die eine echte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen.  
200 Dazu gehört **der Erhalt bestehender Wohnformen wie Wohngruppen**, die kontinuierlich

<sup>1</sup> [https://ms.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MS/MS/2\\_Krankenhaeuser/KKH\\_Gutachten/2023\\_06\\_01\\_kompr\\_PD\\_Gutachten\\_zur\\_Krankenhauslandschaft\\_Sachsen-Anhalt.pdf](https://ms.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/MS/2_Krankenhaeuser/KKH_Gutachten/2023_06_01_kompr_PD_Gutachten_zur_Krankenhauslandschaft_Sachsen-Anhalt.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.arbeitsagentur.de/fuer-menschen-aus-dem-ausland/anererkennung-abschluss>

<sup>3</sup> <https://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/faq.php#:~:text=Dann%20dauert%20die%20Bearbeitung%203,Stelle%20das%20Anerkennungsverfahren%20einmalig%20verl%C3%A4ngern.>

<sup>4</sup> <https://www.landarztquote-sachsen-anhalt.de/information>

<sup>5</sup> [https://www.landarztquote-sachsen-anhalt.de/fileadmin/user\\_upload/PDF/Landarztquote-pdf/Vertrag\\_Landarzt\\_2025.pdf](https://www.landarztquote-sachsen-anhalt.de/fileadmin/user_upload/PDF/Landarztquote-pdf/Vertrag_Landarzt_2025.pdf)

<sup>6</sup> <https://www.radiobrocken.de/nachrichten/top-news/Land-besch%C3%A4ftigt-zu-wenige-Schwerbehinderte-id1135309.html>

201 evaluiert werden müssen. Gleichzeitig sollte bei Betroffenen, für die eine ambulante Be-  
202 treuung besser mit ihrer Lebenssituation vereinbar ist, **dieser Versorgungsweg bevor-**  
203 **zugt werden**, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu erleichtern.

204 Auch die Bedeutung von **Werkstätten für Menschen mit Behinderung** darf nicht unter-  
205 schätzt werden. Sie bieten vielen Beschäftigten eine sinnstiftende Tätigkeit und müssen  
206 daher erhalten bleiben. Gleichzeitig muss der **Übergang in den ersten Arbeitsmarkt er-**  
207 **leichtert werden**. Dies kann durch den verstärkten Ausbau von Außenarbeitsplätzen so-  
208 wie eine gezielte Delegation von Aufgaben in reguläre Betriebe geschehen.

209 Eine inklusive Gesellschaft erfordert verlässliche Strukturen und klare Perspektiven.  
210 Sachsen-Anhalt darf sich nicht von seinen Errungenschaften in der Eingliederungshilfe  
211 verabschieden, sondern muss sie konsequent weiterentwickeln.

212 Arbeit ist die beste Form der **Integration**. Deshalb muss es Menschen mit Migrations-  
213 hintergrund nach dem grundständigen Spracherwerb schneller ermöglicht werden, in  
214 den Arbeitsmarkt einzutreten. Gerade für Asylbewerber ist eine frühe berufliche Tätig-  
215 keit entscheidend, um Eigenständigkeit zu fördern und gesellschaftliche Teilhabe zu er-  
216 möglichen. Eine zentrale Möglichkeit bietet dabei § 5 AsylbLG, der es Kommunen erlaubt,  
217 Asylbewerber zu einer **Arbeitsgelegenheit zu verpflichten**. Doch nicht alle Kommunen  
218 nutzen diese Option konsequent, wodurch wertvolle Integrationschancen ungenutzt  
219 bleiben. Deshalb muss sich die Landesregierung mit den Kommunen zusammensetzen  
220 und eine **einheitliche Handhabung der Arbeitsgelegenheiten** erarbeiten. Dabei müssen  
221 insbesondere Kommunen, die bereits nach § 5 AsylbLG handeln, eine zentrale Rolle in  
222 der Entwicklung eines gemeinsamen Vorgehens einnehmen, um bewährte Praxisbei-  
223 spiele zu nutzen. Darüber hinaus braucht es eine klare Perspektive für Asylbewerber, die  
224 nach Ablauf der Arbeitsverbote in reguläre Beschäftigungsverhältnisse überführt wer-  
225 den können. Deshalb fordern wir die **Erarbeitung eines Konzepts zur Übernahme von**  
226 **Leistungserbringern in reguläre Arbeitsverhältnisse**, um langfristige Integrations-  
227 chancen zu schaffen und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu reduzieren.

## 228 **Wirtschaft, Finanzen und Steuern**

---

### 229 **Wir sagen: Starker Mittelstand, moderne Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze!**

230 Der **Mittelstand** bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und sichert  
231 damit eine wichtige Lebensgrundlage für unser Land. Um Unternehmen zu entlasten,  
232 fordern wir eine rasche und **konsequente Vereinfachung von Vorschriften und Geneh-**  
233 **migungsverfahren**. Verwaltungsvorgänge müssen digitalisiert und beschleunigt wer-  
234 den, um Unternehmen Zeit und Kosten zu sparen. Zudem setzen wir uns für eine feste  
235 Frist zur Bearbeitung von Anträgen ein – wenn die Behörde nicht rechtzeitig entscheidet,  
236 gilt der Antrag als genehmigt. Wirtschaft und Landwirtschaft brauchen verlässliche,  
237 planbare Voraussetzungen, Investitionserleichterungen und gezielte Infrastrukturmaß-  
238 nahmen. Nur eine starke Wirtschaft schafft Perspektiven für alle Generationen.

239 Viele Unternehmen in Sachsen-Anhalt, von der Tischlerei bis zur Gastronomie, kämpfen  
240 mit einem massiven Fachkräftemangel. Deshalb fordern wir eine bessere Vernetzung  
241 von Schulen, Hochschulen und Unternehmen, um Schüler und Studenten frühzeitig mit

der **Berufspraxis** in Kontakt zu bringen. Das Bildungsministerium sollte dafür in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium ein entsprechendes Programm auf den Weg bringen. Darüber hinaus muss die **duale Ausbildung** weiter gestärkt und finanziell attraktiver gestaltet werden. Hierbei ist auch die Möglichkeit zur Etablierung einer **trialen Ausbildung** zur prüfen. Den Auszubildenden kann damit die Möglichkeit geboten werden, innerhalb von 4 Jahren die Berufsausbildung zu absolvieren sowie die Meister- und die Bachelorprüfung abzulegen.

Junge Unternehmen und Start-Ups sind entscheidend für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Das Wirtschaftsministerium muss daher mehr **Förderprogramme für Existenzgründer**, steuerliche Erleichterungen in den ersten Geschäftsjahren und den **Ausbau von Technologie- und Gründerzentren** vorantreiben. Bürokratische Hürden für Neugründungen müssen drastisch reduziert werden, um mehr jungen Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Damit sichert sich Sachsen-Anhalt auch langfristig die Ansiedlung von **Start-Ups** und zeigt sich somit als zukunftsgewandtes Bundesland und unterstützt die jungen Sachsen-Anhalter, die mit ihren Ideen und Innovationen das Land voranbringen wollen.

Nicht nur Start-Ups sollen durch Investitionen in unser Land steuerlich entlastet werden. Auch Unternehmen, die in **Forschung, Entwicklung und die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter** investieren, sollten steuerliche Vorteile erhalten. Das schafft langfristiges Wachstum und sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Sachsen-Anhalt hat enormes Potenzial in Bereichen wie erneuerbare Energien, Wasserstoffwirtschaft und moderne Industrieproduktion. Besonders die größeren **Wirtschaftsstandorte**, wie Leuna und Piesteritz, können als Aushängeschilder für **moderne Industrieanlagen** und **fortschrittliche Produktionsweisen** genutzt werden. Wir fordern gezielte Investitionen in diese Schlüsseltechnologien, damit der Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig bleibt. Gleichzeitig müssen Unternehmen, die in nachhaltige Innovationen investieren, steuerlich gefördert werden.

Ein **solider Haushalt** ist die Basis für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns daher für eine langfristig und nachhaltige Finanzplanung ein. Die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2025/2026 durch den Landtag erachten wir als zielführend, da somit auch mittelfristig die Planung von verschiedenen Projekten und Investitionen gesichert ist. Seit der Grundgesetzänderung können die Bundesländer in begrenztem Umfang **Schulden** in Relation zum BIP aufnehmen. Wir fordern, dass diese Mittel ausschließlich für nachhaltige Investitionen in die Zukunft verwendet werden – etwa in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung – und nicht für laufende Ausgaben oder Konsum. So stellen wir mit einer **disziplinierten Haushaltspolitik** sicher, dass auch kommende Generationen davon profitieren, anstatt alte Schulden abzutragen. Das Land muss seine Mittel gezielt dort einsetzen, wo sie langfristig den größten Nutzen bringen. Bildungseinrichtungen müssen besser ausgestattet und zum Teil auch erneuert, Straßen, Bahnstrecken und Wasserwege modernisiert und die Digitalisierung von Behörden und Schulen vorangetrieben werden. Dazu braucht es eine klare **Priorisierung der öffentlichen Ausgaben**.

284 Die öffentliche Verwaltung begegnet uns in vielen Bereichen des Alltags: Ob beim Be-  
 285 antragen des Personalausweises oder beim Anmelden des Autos, überall werden Daten  
 286 abgefragt und Formulare ausgefüllt. Hinter den Kulissen laufen noch viel komplexere  
 287 Verwaltungsprozesse ab, die für die Gestaltung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen  
 288 und politischen Lebens immens wichtig sind. Mit Blick auf die überall wahrnehmbare  
 289 Digitalisierung – sei es beim Einkaufen im Onlineshop oder beim Mieten eines Autos –  
 290 scheinen manche Verwaltungsprozesse jedoch aus der Zeit gefallen.

291 Im Ländervergleich sind in Sachsen-Anhalt im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Mitar-  
 292 beiter im öffentlichen Dienst beschäftigt als in anderen Bundesländern. Die Strukturen  
 293 und Stellen im öffentlichen Dienst der einzelnen Länder lassen sich nicht eins zu eins  
 294 vergleichen, dennoch zeigt sich ein gewisses Missverhältnis. Bisher fehlt an vielen Stel-  
 295 len ein **behördenübergreifender Daten- und Informationsaustausch**. Aus diesem  
 296 Grunde entstehen Doppelstrukturen, durch die sich Verwaltungsprozesse verlangsamen.  
 297 Wir fordern daher die flächendeckende **Einführung der E-Akte bis 2028**. Darüber  
 298 sollen auch Landes- und Kommunalbehörden miteinander vernetzt werden.

299 Während einige Bereiche in Behörden und in der Verwaltung überlastet sind, sind die  
 300 Tische in anderen Bereichen weniger voll. Vor diesem Hintergrund muss im Rahmen ei-  
 301 ner **Bedarfsanalyse zur Evaluierung des Personalbedarfs durch einen externen**  
 302 **Dienstleister** der Stellenplan so angepasst werden, dass alle Mitarbeiter in den Verwal-  
 303 tungsstrukturen des Landes und der Kommunen bedarfsgerecht entlastet und mit Auf-  
 304 gaben betraut werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass überlastete Bereiche  
 305 auch kurzfristig unterstützt werden können, indem **Mitarbeiter entsprechend ihrer**  
 306 **Qualifikation bereichsübergreifend eingesetzt** werden können. Speziell verbeamtete  
 307 Mitarbeiter können für einen absehbaren Zeitraum auch in anderen Funktionen einge-  
 308 setzt werden. Dies gilt insbesondere in Notlagen wie beispielsweise einer Pandemie  
 309 oder Flüchtlingskrise.

310 Mit Blick auf die Zukunft unserer digitalen Gesellschaft fordern wir, dass sich die neue  
 311 Landesregierung mit der **Einführung einer Bürgerkarte** nach estnischem Vorbild ausei-  
 312 nandersetzt und deren bundesweite Umsetzung anstrebt. Eine solche Karte hat sich in  
 313 anderen europäischen Ländern als ein wirkungsvolles Instrument zur Digitalisierung des  
 314 öffentlichen Lebens und zur Erleichterung zahlreicher Verwaltungsprozesse erwiesen.  
 315 Es ist an der Zeit, dass auch Deutschland von den zahlreichen Vorteilen einer solchen  
 316 Bürgerkarte profitiert. **Sie soll als Chipkarte für alles dienen: Personalausweis, Führer-**  
 317 **schein, Gesundheitskarte, Fahrkarte im ÖPNV und Bibliotheksausweis**. Der Gang zur  
 318 Behörde sollte nur noch für Heirat und Scheidung notwendig sein.

319 Der Föderalismus ist ein zentrales Element des politischen Systems in Deutschland, das  
 320 auf der Verteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern basiert. Trotz seiner  
 321 historischen Bedeutung und vieler Vorteile gibt es immer wieder Reformbedarf. So müs-  
 322 sen Effizienz, Transparenz und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regie-  
 323 rungsebenen rasant verbessert werden.



Ein zentrales Problem des deutschen Föderalismus ist die oft unklare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Dies führt nicht selten zu Doppelarbeit, Kompetenzstreitigkeiten und ineffizienten Entscheidungsprozessen. Eine Reform sollte daher darauf abzielen, die **Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern klarer zu definieren und zu trennen**. Dies könnte durch eine **umfassende Überarbeitung des Grundgesetzes** erreicht werden, bei der die Kompetenzbereiche klar und eindeutig neu zugeordnet werden. Besonders **in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Innere Sicherheit könnten klarere Zuständigkeiten, auch für den Bund**, zu effizienteren und schnelleren Entscheidungsprozessen führen.

Ohne den Ergebnissen der Beratung vorwegzugreifen, kann aus unserer Sicht die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern durch den **Ausbau des kooperativen Föderalismusmodells, etwa durch Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes in Art. 72 Abs. 2 GG**, verbessert werden. In diesem Modell wird die Zusammenarbeit institutionalisiert und systematisch gefördert. Hierzu könnten gemeinsame Gremien und Ausschüsse geschaffen werden, die regelmäßig zusammenkommen und gemeinsame Lösungen für übergreifende Probleme erarbeiten. Dies würde nicht nur die Kommunikation verbessern, sondern auch Synergien schaffen und eine kohärentere Politikgestaltung ermöglichen. Insbesondere bei großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Digitalisierung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern unerlässlich.

Die Einführung der Bürgerkarte und umfassender digitaler Verwaltungsprozesse ermöglicht eine Freisetzung von personellen Ressourcen und eine Reduzierung von Behördenstrukturen. Durch die Digitalisierung vieler administrativer Aufgaben können zahlreiche Arbeitsschritte automatisiert und optimiert werden, was zu erheblichen Effizienzsteigerungen führt.

Die digitale Identifikation und elektronische Signatur vereinfachen zahlreiche Prozesse, die zuvor manuelle Überprüfungen und Papierdokumente erforderten. Anträge und Verträge können online bearbeitet und abgeschlossen werden, wodurch der Bedarf an Personal für diese Aufgaben erheblich sinkt.

Durch die Bündelung von Dienstleistungen auf digitalen Plattformen können **verschiedene Behördenfunktionen zentralisiert und rationalisiert werden**. Dies ermöglicht die Schließung oder Zusammenlegung von Behörden, die zuvor separat betrieben wurden.

Die **Nutzung von E-Government-Diensten reduziert die Notwendigkeit persönlicher Vorsprachen und manueller Bearbeitungen von Anträgen**. Automatisierte Systeme übernehmen Routineaufgaben wie die Bearbeitung von Steuererklärungen oder die Ausstellung von Dokumenten, was zu einer weiteren Freisetzung personeller Ressourcen führt. Dadurch wird dem bestehenden Fachkräftemangel begegnet.

Langfristig führt die Digitalisierung zu einer schlankeren, effizienteren Verwaltung. Die freiwerdenden personellen Ressourcen können für andere, nicht automatisierbare Aufgaben genutzt oder zur Kostensenkung abgebaut werden. Gleichzeitig werden **Bürgerfreundlichkeit und Servicequalität der öffentlichen Verwaltung erhöht**.